

MIGRATION

Das Gesetz des Schweigens

7000 Eritreer leben in der Schweiz, weitere werden kommen. Sie bespitzeln und denunzieren sich gegenseitig. Innenansichten einer abgeschlossenen Welt

VON MATTHIAS DAUM

Morgens um elf Uhr sind die dicken Vorhänge noch zugezogen. Eine fahl leuchtende Stehlampe und das Flackern des Fernsehers sind die einzigen Lichtquellen im Zimmer 314 des ehemaligen Zürcher Luxushotels Atlantis. Mit zwei Landsleuten teilt sich der 27-jährige Eritreer Sibhatu Bisrat knapp zwanzig Quadratmeter. Drei Stahlrohrbetten mit uniformer Bettwäsche, drei Gartenstühle, ein Tischchen. An die mondäne Vergangenheit des Hotels erinnern nur die Whisky-Gläser, in welchen der nach Nelken riechende Tee gereicht wird.

Sibhatu sitzt im Schneidersitz auf dem Stuhl. Immer wieder streicht er sich mit der Hand übers Gesicht, reibt sich nervös die Augen. In Dekemhare, rund 40 Kilometer südlich der eritreischen Hauptstadt Asmara, machte er eine Ausbildung im Gesundheitswesen. Von 1999 bis 2002 leistete er als Polizist seinen National Service. Die Besoldung war schlecht. Zunächst erhielt er monatlich 50 Nakfa (etwa 3,50 Franken), am Ende 450. »Davon kann man nicht einmal seine Miete zahlen«, sagt er. Er bekam kaum Urlaub, um die Familie zu besuchen, und als der National Service beendet war, verweigerte man ihm die Entlassungspapiere. »Ich habe getan, was mein Land von mir wollte. Aber was ist mit meiner Zukunft, meinen Visionen?«, sagt Sibhatu. »Also entschloss ich mich, mein Land zu verlassen.«

Nach einer haarsträubenden Flucht durch die Sahara und übers Mittelmeer stellte Sibhatu in der Schweiz einen Asylantrag. 2849 Landsleute taten es ihm letztes Jahr gleich; im Januar kamen 523 weitere hinzu. Seit zwei Jahren führen die Eritreer die Asylstatistik der Schweiz an. 18 Prozent aller Gesuchsteller stammen aus dem Bergland am Horn von Afrika. Nach Auskunft des Bundesamts für Migration befinden sich heute rund 4400 Eritreer im Asylprozess. Ihren Gesuchen wird vergleichsweise oft stattgegeben. Lag 2008 die durchschnittliche Anerkennungsquote aller Nationen bei 23 Prozent, wurde über zwei Dritteln der Eritreer Asyl gewährt; zudem droht abgewiesenen Bewerbern aufgrund der schlechten Sicherheitslage in ihrer Heimat keine Auslieferung. Im Dezember 2005 entschied die Asylrekurskommission, das heutige Bundesverwaltungsgericht, die Bestrafung von Dienstverweigerung und Desertion sei in Eritrea unverhältnismäßig streng und politisch motiviert.

Als »etwas naiv« bezeichnet der eritreische Honorarkonsul in der Schweiz, Toni Locher, das Kommissionsurteil: »Das war für die Schlepper ein hervorragendes Angebot, auf das sie sofort reagierten.« Mit seidensamtener Stimme erläutert der Präsident des Schweizerischen Unterstützungskomitees für Eritrea seine Sicht der Dinge: »Der Hauptgrund, weshalb die Eritreer flüchten, ist das Heiraten. Sie wollen

eine Familie gründen, und dafür brauchen sie mehr Geld. In den Sommerferien kehren Zehntausende, die ihr Glück im Ausland gefunden haben, nach Asmara zurück. Das steckt an.«

Locher widerspricht damit der internationalen Gemeinschaft und allen westlichen Nichtregierungsorganisationen. Diese sind sich einig: Unter der Fuchtel der People's Front for Democracy and Justice des ehemaligen Freiheitskämpfers Isayas Afewerki werden die Menschenrechte mit Füßen getreten und religiöse Gruppierungen verfolgt. »Die Regierung nahm uns die Freiheit«, sagt Asylbewerber Sibhatu Bisrat. Das Regime toleriert weder eine unabhängige Presse noch politische Opposition. Die Grenzsoldaten haben Befehl, auf Flüchtende zu schießen.

Obschon er die Menschenrechtslage als »nicht besonders gut« taxiert, hält der seit über 30 Jahren vor Ort in der Entwicklungshilfe engagierte Locher dieses Eritrea-Bild für verzerrt: »Es stimmt nicht, dass Deserteuren systematisch Folter und die Todesstrafe drohen.« Er verfüge über gute Kontakte in die Diplomatentreise Asmaras sowie zu regierungsfreundlichen und -kritischen Gruppierungen, die ihm dies bestätigten. Zweifel an Lochers Sicht sind aber angebracht. Zumal er sich im Gespräch in Verschwörungstheorien versteigt, die hinter allen unabhängigen Berichten und Untersuchungen den amerikanischen Geheimdienst vermuten.

Eritrea und seine Führung als Opfer der Weltpolitik: Diese Sichtweise ist auch in der eritreischen Diaspora in der Schweiz weit verbreitet. Die ersten Eritreer suchten Mitte der 1970er Jahre hierzulande Asyl. Einige Hundert Untergrundkämpfer flohen damals vor der Verfolgung durch das äthiopische Mengistu-Regime in die Schweiz. Einer von ihnen ist Yemaneh Meheret. Der 50-Jährige lobt die Errungenschaften der sozialistischen Regierung. Aus einem Plastiksack kramt er eine knittrige Ausgabe des New African Magazine von 1981. Das Titelbild zeigt die Helden seiner Jugend: eritreische Freiheitskämpfer in Siegerpose auf einem Panzer.

Yemaneh sagt: »Wir haben versucht, die Fehler anderer afrikanischer Länder nicht zu wiederholen.« Tatsächlich ist Eritrea ein Sonderfall. Es ist die einzige neue Staatenbildung im postkolonialen Afrika, und die meisten Eritreer, auch Regierungskritiker, haben kein ethnisches oder religiöses, sondern ein nationales Selbstverständnis. Yemaneh ist stolz auf die seit der Unabhängigkeit von Äthiopien 1993 in Fronarbeit erbaute Infrastruktur, die Wasserdämme und Straßen. »Alles von der Jugend Eritreas erbaut«, sagt er. »Aber nun wollen sie Karriere machen. Sie haben keinen Durchhaltewillen. Der westliche Lebenswandel ist halt sehr populär.« Er seufzt.

Die Jungen aber werden wütend, wenn ihnen Exil-Eritreer Egoismus unterstellen. »Wenn die wirklich das Land schützen wollen, sollen sie doch ihre eigenen Kinder dorthin schicken!«, sagt Sibhatu. »Die Alten sagen immer: Du musst warten, alles wird gut. Sollen sie das sagen – ich habe die Konsequenzen gezogen.«

Dieser schwelende Generationenkonflikt hat Folgen für die 7000 Eritreer in der Schweiz. Ein seit 20 Jahren in der Schweiz lebender Mann, der unerkannt bleiben

möchte, erzählt von politisch motivierten Austritten aus Vereinen, von heftigen Diskussionen untereinander. Bei einer Versammlung regierungsfreundlicher Eritreer in Zürich kam es zu einer Schlägerei mit Polizeieinsatz; angezettelt hätten diese Oppositionsvertreter. Beide Lager bezichtigen sich gegenseitig der Erpressung. Die Regierungsfreundlichen werfen der Opposition vor, Asylsuchende bei den Behörden anzuschwärzen, sollten sie Feiern zum Unabhängigkeitstag besuchen – und sich damit regierungsfreundlich zeigen. In oppositionellen Kreisen halten sich hingegen hartnäckig die Gerüchte, wonach Regierungsspitzel in der Schweiz tätig sind und sämtliche Telefonate nach Eritrea abhören. Auch sammelt man in der Exilgemeinde eifrig Spenden: für staatliche Hilfsprojekte, Märtyrerfonds und Oppositionsparteien. Dies geschehe freiwillig. Doch verweigert etwa die eritreische Botschaft in Genf jenen Exil-Eritreern ihre Dienste, welche die zweiprozentige Einkommenssteuer nicht berappen.

Für den Ethnologen David Bozzini von der Uni Neuenburg ist dies ein Abbild der Lage in Eritrea: »Man verdächtigt sich gegenseitig der Spitzelei und der Denunziation: Das färbt auch auf die Diaspora ab.« Manche gehen gewissen Landsleuten aus dem Weg oder machen einen Bogen um deren Veranstaltungen. »Es herrscht das Gesetz des Schweigens. Einige treiben ein doppeltes Spiel.« Man hat Angst, die Regierung würde von den politischen Umtrieben Wind bekommen und könnte die Verwandten in der Heimat drangsaliieren. Gleichzeitig sitzt die Enttäuschung über den geplatzten Traum vom freien Leben im eigenen unabhängigen Staat tief. Deshalb scheint es, als hätten viele das Interesse an der Politik verloren.

Das Bundesamt für Migration weiß von all dem nichts: »Uns sind keine Spannungen in der Diaspora bekannt.« Die Eritreer in der Schweiz werden als »ziemlich homogene« Gruppe wahrgenommen. Intensiv hat man sich mit ihnen – von einer internen Untersuchung aus dem Frühjahr 2007 abgesehen – jedoch nie beschäftigt; für den Sommer werden Resultate einer systematischen Erhebung angekündigt. Dies erstaunt: Immerhin gelten die Eritreer in gewissen Kreisen als Auslöser einer veritablen »Asylkrise«, und Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf versucht bereits mit Verschärfungen des Asylrechts die innenpolitischen Gemüter zu beruhigen. Doch beim Bund scheint das Nichtwissenwollen Programm zu sein. Im August 2006 schloss die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit ihr Verbindungsbüro in Asmara, womit man sich um wichtige Informationsquellen brachte. Der Schweizer Botschafter im sudanesischen Khartoum reise regelmäßig nach Eritrea, lässt die Pressestelle von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey wissen. Die Sprecherin räumt allerdings ein: »Vom Standpunkt der Migrationsproblematik wäre es sicher angemessen, eine Vertretung vor Ort zu haben.«

Die Schweiz wird sich aber mit den Eritreern beschäftigen müssen. Sibhatu Bisrat zum Beispiel sagt: »Wir wollen hier einen Job finden, eine Ausbildung machen, die Sprache erlernen.«